



0,5 Prozent Wachstum – wie externe Schocks eine strukturell geschwächte Wirtschaft treffen

Ute Pappelbaum

Die Bundesregierung halbiert ihre Wachstumsprognose für 2026 von 1,0 auf 0,5 Prozent. Begründung: der Iran-Krieg, steigende Energiepreise, geopolitische Unsicherheit. Auslöser ist ein konkreter Mechanismus: die faktische Blockade der Straße von Hormus, einer zentralen Route für Öl- und Gastransporte. Der externe Schock wird damit zum dominanten Erklärungsmodell einer erneut ausbleibenden Erholung.

Exogener Schock trifft auf endogene Schwäche

Ökonomisch greift diese Erklärung zu kurz. Zwar wirken die Verwerfungen auf den Energiemärkten unmittelbar: Angebotsverknappungen treiben Preise für Öl und Gas, erhöhen Kosten entlang der gesamten Wertschöpfungskette und belasten Haushalte wie Unternehmen gleichermaßen. Doch Deutschland trifft der Schock deshalb besonders hart, weil die Binnenstruktur bereits geschwächt ist. Die Frühindikatoren bestätigen das. Führende Forschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognosen ebenfalls auf rund 0,6 Prozent gesenkt. Gleichzeitig berichten 83 Prozent der Unternehmen laut DIHK von negativen Auswirkungen des Energiepreisschocks auf ihre Geschäfte. Der Befund ist eindeutig: Die Erholung war bereits fragil, bevor sie erneut ausgebremst wurde.

Staat ersetzt Markt – vorläufig

Hier entsteht die zentrale ordnungspolitische Spannung: Die Politik erklärt die Schwäche primär exogen, während die strukturellen Defizite fortbestehen. Privatinvestitionen bleiben rückläufig, insbesondere in Maschinen und Anlagen. Der Wohnungsbau stagniert, private Bautätigkeit nimmt weiter ab. Stattdessen rückt der Staat als Stabilisator in den Vordergrund. Öffentliche Aufträge und ausgeweitete Sondervermögen tragen die Nachfrage, Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben sollen Wachstum erzeugen. Parallel setzt die Regierung auf steigende Reallöhne, um den privaten Konsum zu stützen. Das verschiebt die Logik des Wachstums: weg von investitionsgetriebener Produktivität, hin zu staatlich gestützter Nachfrage.

Investitionslücke als Wachstumsbremse

Diese Verschiebung bleibt nicht folgenlos. Ohne nachhaltige Ausweitung der privaten Kapitalbildung fehlen Produktivitätsfortschritte. Das Potenzialwachstum sinkt auf rund 0,5 Prozent – ein Niveau, das strukturelle Stagnation beschreibt. Gleichzeitig verschlechtert sich der Arbeitsmarkt: rund 300.000 Arbeitsplätze gehen verloren, die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt, Unternehmensschließungen reißen Lücken in Wertschöpfungsketten. Damit gerät auch der erhoffte Konsumimpuls unter Druck. Die zentrale Diagnose bestätigt sich: Ohne steigende Privatinvestitionen bleibt jede Erholung instabil.

Inflation, Kosten und globale Dämpfung

Parallel steigt der Preisdruck wieder. Die Bundesregierung rechnet mit einer Inflationsrate von 2,7 Prozent im laufenden Jahr und 2,8 Prozent im kommenden Jahr. Bereits im März kletterte die Teuerung wieder auf 2,7 Prozent – nach 1,9 Prozent im Februar. Der Energiepreisschock wirkt damit direkt in die Breite der Preise. Auch global verschärft sich das Umfeld. Der Internationale Währungsfonds hat seine Wachstumsprognosen gesenkt, die OECD sieht die Weltwirtschaft bereits rund 0,8 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland bedeutet das eine zusätzliche Nachfrageschwäche von außen.

Standortprobleme und politische Blockaden

Hinzu kommen hausgemachte Standortprobleme. Hohe Energiekosten, Bürokratie und Defizite bei der Digitalisierung belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Laut KPMG verliert Deutschland aus Sicht internationaler Unternehmen weiter an Attraktivität. Die wirtschaftspolitische Antwort bleibt widersprüchlich. Einerseits werden Strukturreformen angekündigt: niedrigere Steuern und Abgaben, geringere Energiekosten, weniger Bürokratie. Andererseits stoßen zentrale Reformfelder – Rente, Pflege, Gesundheit und die Finanzierung von Entlastungen – innerhalb der Koalition auf Widerstand. Gleichzeitig verzichtet die Bundesregierung bewusst auf zusätzliche Belastungen wie eine Übergewinnsteuer, um Investitionsanreize nicht weiter zu schwächen. Das ist ordnungspolitisch konsistent, verschärft jedoch die fiskalische Lage: Schwächeres Wachstum reduziert die Steuereinnahmen, Haushaltslücken nehmen zu, der Spardruck steigt.

Dauerhaft höhere Kosten verändern das System

Auch bei den Energiepreisen bleibt die Perspektive begrenzt. Zwar rechnet die Regierung mit einem Rückgang im Jahresverlauf, jedoch nicht auf Vorkrisenniveau. Energie bleibt damit ein dauerhaft teurer und volatiler Produktionsfaktor. Parallel verschärfen protektionistische Tendenzen – etwa steigende Zölle – die Rahmenbedingungen des Außenhandels. Das exportgetriebene Modell verliert an Tragfähigkeit, ohne dass ein neues Wachstumsmodell erkennbar etabliert ist.

Ein abgesenkter Wachstumspfad wird zur neuen Normalität

Die Bundesregierung erwartet für 2027 ein Wachstum von 0,9 Prozent – unter der Voraussetzung, dass sich die geopolitische Lage stabilisiert. Doch selbst dieses Szenario bleibt unsicher. Der Befund ist grundsätzlicher: Externe Schocks treffen auf eine Volkswirtschaft, die ihre strukturellen Hausaufgaben über Jahre nicht erledigt hat. Niedrige Arbeitsintensität, demografischer Druck und schwache Investitionen begrenzen das Wachstum – unabhängig von aktuellen Krisen. Damit verschiebt sich die ökonomische Realität dauerhaft. Deutschland bewegt sich nicht durch eine vorübergehende Schwächephase, sondern auf einem abgesenkten Wachstumspfad. Ohne eine klare Verbesserung der Investitionsbedingungen wird sich daran nichts ändern. Staatliche Nachfrage kann stabilisieren, aber keine Produktivität ersetzen. Deutschland kämpft nicht gegen die nächste Krise – sondern gegen die Folgen seiner unterlassenen Reformen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949472/deutschland-wachstum-energiekrise-strukturelle-probleme/>